

INFOPERU Nr. 27

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

18. März 2014

Inhaltsverzeichnis:

1. Editorial InfoPeru No 27 (Mechthild Ebeling)
2. Sehr geehrter Herr Santillana! Offener Brief der Informationsstelle Peru
3. Peru-Seminar in Köln, 9. – 11. Mai 2014
4. Kupfermine Toromocha: verfehlte Umsiedlung (Sandra Lassak)
5. Die Ärztin – eine peruanische Ärztin behandelt deutsche Obdachlose (Hildegard Willer)
6. Energieministerium will Umweltstudien für Erdölbohrungen einschränken (Interview mit Juan Carlos Ruiz, IDL)
7. Freihandelsabkommen: wir bleiben am Ball! (Jimi Merk)
8. Tagungsbericht: Freihandel und Rohstoffabbau (Mechthild Ebeling)
9. COP 20 in Lima – eine Herausforderung! (Mechthild Ebeling)
10. Glanz und Elend der Rondas Campesinas in Cajamarca (Heinz Schulze)
11. Typisch peruanisch ! Das Geheimnis der Drahtmasken von Paucartambo & Co. (Christine Rosenthal)
12. Neue Publikationen und Präsentationen
13. Veranstaltungen

1. Editorial InfoPeru 27

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

noch ist es gar nicht so lange her, dass der peruanische Ex – Praesident Alan Garcia mit seiner vor allem rassistischen These vom “Perro de Hortelano” diejenigen beleidigte und blossstellte, die eine kritische Haltung gegen den exzessiven Berg- und Rohstoffabbau der neoliberalen Wirtschaft offen manifestierten. Neid und Missgunst gegeneinander denen, die das Land angeblich entwickeln wollten, wurde ihnen nachgesagt, und sie wurden z.B. in Bagua mit militärischer Gewalt bekämpft.

- Heute werden nicht mehr so sehr die in Selva oder in den Andenregionen heimischen Kritiker angeprangert, heute sind es NGO-Leute sowie deren “Finanziers” im Ausland, welche laut der gleichgeschalteten Presse die zu bekämpfenden “Antimineros” sind. Am 24. Januar 2014 veröffentlichte in der größten Tageszeitung “El Comercio” ein für die Bergbauwirtschaft

taetiger Berater als grosse Neuigkeit, dass hinter denen, die Menschenrechte und den Umweltschutz verteidigen, internationale Organisationen und vor allem Personen aus dem franzoesischen Politikumfeld stueuden. Was steht hinter so einer fast banalen Anklage?

Die These der vom Ausland aus unterstuetzten "Revoltosos Antimineros", revolutionaeren Kraefte, soll wohl in der Bevoelkerung Verunsicherung wecken, Erinnerung an die ins Ausland geflohenen linken Guerillamitglieder, die erneut brutalen Widerstand anzetteln wollen.... Dass es ein legitimes Recht der betroffenen Bevoelkerung ist, sich gegen Wasserverseuchung, fuer eine gesunde Landwirtschaft, fuer Mitspracherechte einzusetzen und zu organisieren, scheint dieser Herr noch nicht verstanden zu haben! Die Minenkritiker sind nicht die zu bekaempfenden Stoerenfriede, sondern sie sind Opfer eines Wirtschaftsmodells, das eine Entwicklung propagiert, die weder nachhaltig noch sozial gerecht ist. Den Hauptgewinn davon hat nicht Peru - 80% des Bergbauerloeses fliesst ins Ausland! Und auch wir in Deutschland profitieren von den guenstigen Rohstoffpreisen fuer unsere Industrie: Aber gerade deshalb werden wir weiter die "Antimineros" in Peru unterstuetzen!

Und gerade bezueglich des nun de facto bestehenden Freihandels mit Europa stehen wir hier in der Pflicht, endlich die "extraterritorialen Schutzpflichten" etwa zur Einhaltung der Menschenrechte durch die investierenden Firmen zu verlangen: Ein deutscher Investor in Peru muss seinen ArbeiterInnen die gleichen Rechte gewaehren, hier wie dort! Und wenn sie das nicht einloesen, muss ein Land einen Handelsvertrag auch kuendigen koennen ("Exit-Option") ;

Am 5. Oktober werden in Peru Kommunalwahlen stattfinden, und auch die Regionalpraesidenten werden neu gewaehlt. In der konfliktreichen Region Cajamarca ist die Frage, wer Regionalpraesident werden wird, entscheidend fuer das Projekt Conga. Die Gruppierung des ehemaligen Wirtschaftsministers Pedro Pablo Kuczynski – PPK – hat als Kandidaten den ehemaligen Fujimoriminister Absalom Vasquez gekuert, und klar verlautbart, dass bei dessen Wahl das Minenprojekt Conga durchgefuehrt werden wird. Vasquez moechte Nachfolger des amtierenden Gregorio Santos werden, der eine klare Gegenposition bezueglich Conga vertritt. Es steht zu erwarten, dass die geballte Medienmacht mit all ihren Mitteln eingesetzt werden wird, um die Vasquez-Kandidatur fuer breite Waehlerschichten als positive Alternative zu dem angeschlagenen Santos erscheinen zu lassen. –

Eine positive Nachricht: Das EU-Parlament hat der Aufhebung der Visumpflicht fuer BuergerInnen aus Peru und Kolumbien zugestimmt. Im Rahmen des Schengen-Abkommens duerfen diese nun fuer bis zu drei-monatigen Aufenthalten visumsfrei nach Europa reisen, wie ihre Nachbarn aus Argentinien, Brasilien oder Venezuela das schon lange duerfen. Allerdings muessen in beiden Laendern noch die biometrischen Paesse eingefuehrt werden, was die Umsetzung der neuen Regelung wohl noch um einige Monate verzoegern wird.

Viel Spass beim Lesen unseres neuen InfoPeru wuenscht

Mechthild Ebeling

2. Sehr geehrter Herr Santillana!

Mitte Februar veroeffentlichte der Bergbau-Berater Miguel Santillana eine Studie, in der er vor allem franzoesische Solidaritaetsgruppen und europaeische Freiwillige der Unterstuetzung fuer

bergbaukritische Gruppierungen in Peru bezichtigte und sie in die Ecke des Terrorismusverdachtess stellte. Die Infostelle Peru schrieb Herrn Santillana daraufhin folgenden Brief:

Berlin, den 18. März 2014

Sehr geehrter Herr Santillana,

Mit Erstaunen und Enttäuschung haben wir in mehreren peruanischen Medien von Ihrer Studie ueber die europaeischen Gruppen gelesen, die , wie Sie sagen, die „Bergbauegegner“ in Ihrem Land unterstuetzen.

Erstaunen deshalb, weil Sie etwas als Enthuellung praesentieren, was immer schon oeffentlich war. Es reicht der Blick auf die Unterschriften zahlreicher oeffentlicher Kommuniques oder auf einige Webseiten, um zu wissen, welche Personen und Institutionen in Europa die von Ihnen so genannten „Bergbauegegner“ unterstuetzen. diese einfach zu findenden Praesentieren Sie etwa diese offensichtlichen Daten als Enthuellungs-Sensation , um Ihr Honorar zu rechtfertigen, gegenueber denen, die die Studie bei Ihnen in Auftrag gegeben haben ?

Vor allem aber sind wir enttaeuscht von Ihrem Bericht. Sie sagen nicht die ganze Wahrheit. Sie erwaechnen uns nicht.

Wir solidarisieren uns ebenfalls mit den Gruppen in Peru, die mit dem aktuellen, auf ungehemmte Rohstoffausbeutung basierendem Entwicklungsmodell , nicht einverstanden sind, und die sich den Vorgaben der grossen Bergbauunternehmen nicht einfach unterordnen. Die Mitglieder unseres Netzwerkes der Informationsstelle Peru sind unterschiedlichster Herkunft: einige haben in Peru gearbeitet, andere haben freundschaftliche Verbindungen ueber ihre katholische oder evangelische Kirche; andere haben Partnerschaften mit peruanischen Gemeinden ueber ihr Engagement in ihrer Kommune.

Unsere politischen Glaubensbekenntnisse sind so unterschiedlich wie unsere Verbindungen mit Peru, aber uns eint eine Ueberzeugung: der Bauer, die Baeuerin in Conga, Puno oder Piura hat dasselbe Buergerrecht und soll ueber die Verwendung seines Grund und Bodens ebenso entscheiden duerfen, wie der Bewohner von Lima.

Das nennen wir nicht Terrorismus, sondern einfach Demokratie. Sie haben am Ende Ihres Auftritts im Fernsehsender N gefragt: wie waere das, wenn ich als peruanischer Staatsbuerger offen in Paris (oder Berlin) gegen franzoesische oder deutsche Politik protestieren wuerde ? Nun, wir versichern Ihnen, dass Ihnen absolut nichts passieren wuerde. Sie haben, wie jeder Mensch, das Recht auf freie Meinungsaeusserung, immer wenn sie gewaltlos ist. So wie es keine nationalen Grenzen fuer die von Ihnen so gefeierten Investoren gibt, so gibt es auch keine nationalen Grenzen fuer internationale Solidaritaet.

Seine Meinung aeussern, zu informieren und Debatten anzuregen: das sind die Fundamente jeder lebendigen Demokratie. Genau dies tun wir mit unserer solidarischen Unterstuetzung fuer diejenigen, die in Peru immer noch als Buerger zweiter Klasse behandelt werden.

Sehr gerne treten wir auch mit Ihnen in die Debatte ueber das Pro und Contra von grossen Bergbauprojekten. Aber zuerst bitten wir sie darum, dass Sie uns in Ihre Liste der sinistren auslaendischen Gruppen aufnehmen, welche die peruanischen Bergbaukritiker unterstuetzen.

Berlin, den 18. März 2014

Hochachtungsvoll

Mechthild Ebeling

Norma Escobedo – Driever

Elke Rothkopf-Falley

Vorstand Informationsstelle Peru e.V.

Spanische Original-Fassung des Briefes: [CartaSantillana03-14-1](#)

3. Peru-Seminar in Köln, 9. – 11. Mai 2014

” Landwirtschaft – Rohstoffwirtschaft – Gesellschaft: Perspektiven und Alternativen für Peru”

Zu diesen Themen referieren in Köln Nilton Deza, Cajamarca; Carlos Herz, Lima; Uwe Kerkow, Bonn; und Marco Arana, Cajamarca.

Das genaue Programm kann hier heruntergeladen werden [AusschrPeruSem0514.flyer](#)

Alle Peru-Interessierten und -Engagierten sind herzlich eingeladen.

Bitte meldet Euch bis spätestens 28. April 2014 schriftlich an mit diesem Anmeldeformular [AusschrPeruSem0514AnmAbschnEinz](#)

4. Kupfermine Toromocha: verfehlte Umsiedlung

Im Dezember 2013 wurde der Startschuß für den Beginn des Kupferbergbauprojektes Toromocha in der Region Junin, 147 km von Lima in einer Höhe von mehr als 4500 m gegeben. Nicht nur Kupfer, sondern auch Silber, Molybdän ebenso wie Uranvorkommen sind von Interesse des mit 4,820 US\$ größten in Peru durch Privatinvestitionen getätigten Bergbauprojektes. Bereits unter der Regierung von Alan Garcia wurden dem chinesischen Unternehmen Chinalco die Konzessionen, d.h. die Landnutzungsrechte für 36 Jahre zugesprochen.

Die sich auf einem der mineralhaltigsten Berge Perus befindende Stadt Morococha muss dem weltweit zweitgrößten Kupferbergwerk weichen. 9 US Dollar pro m² bot das Unternehmen den AnwohnerInnen für den Verkauf ihrer Häuser an mit dem Ziel schlussendlich die gesamte Stadt umzusiedeln. Mit 50 Mio Dollar hatte Chinalco weiter unten eine neue Stadt namens „Carhuacoto“ gebaut, in der es 1050 Häuser gab, die von den ErstsiedlerInnen bezogen wurden. Deren Zustimmung hatte sich die Firma sozusagen mit propagandistisch Veranstaltungen und workshops

„erkaufen“ können. Die Unterschriften auf den Teilnahmelisten wurden zugleich als Zustimmung für die Umsiedlung genutzt.

Von Anfang an war die Umsetzung des Bergbauprojektes und die damit verbundene Umsiedlung umstritten und führten zu Konflikten in der betroffenen Bevölkerung, von der ein großer Teil nicht wegziehen wollte, da sie für ein anderes Gebiet der Umsiedlung gestimmt hatte. Doch dieses war ebenfalls für Bergbautätigkeiten vorgesehen. Zudem war der Bodenpreis, auf dem sich Carhuacoto befindet, wesentlich günstiger. So stand das Umsiedlungsprojekt von Anfang an in der Kritik nicht nur aufgrund der ökologischen Konsequenzen, die der offene Tagebau mit sich bringen wird, sondern auch aufgrund der Bedingungen, unter denen die neue Stadt gebaut wurde. Sie befindet sich auf einem Feuchtgebiet nahe einer Lagune. Feuchtigkeit und Überschwemmungsgefahren sind also vorprogrammiert. Auch sei der Boden Quecksilber durch andere Bergbauarbeiten Quecksilber verseucht. Für die scheinbare Konfliktbeschwichtigung wurde ein Runder Tisch eingerichtet, an dem Vertreter der Regierung, des Unternehmens und der Bevölkerung unter Moderation der katholischen Kirche zu einer für alle akzeptablen Lösung kommen sollten. Auch ein Rahmenvertrag mit der Verpflichtung auf Einhaltung der Umweltmaßnahmen und Arbeitsmöglichkeiten sollte der Runde Tisch dem Unternehmen vorlegen.

Mittlerweile haben sich die meisten Versprechungen für die Menschen jedoch als falsch und der Runde Tisch als eine Farce entpuppt. Nicht nur die 400 Familien, die sich weigern aus der alten Stadt Morococha wegzugehen, denn sie wissen nicht, wohin sie gehen sollen. Häuser für sie gibt es keine und Entschädigungen sind auch nicht zu erwarten. Nachdem sie sich aufgrund der Lage der Stadt geweigert hatten, der Umsiedlung zuzustimmen, wurden sie seitens des Unternehmens nicht mit möglichen Leistungen sei es Entschädigungszahlungen oder einem Haus berücksichtigt. Nun bietet man ihnen Zelte als provisorische Übergangslösung an, in denen sie bei Kälte und Regen unterkommen sollen bis sie sich eine neue Wohnung organisiert haben. Nicht nur sie, sondern auch die nach Carhuacoto umgesiedelten 700 Familien fühlen sich betrogen, denn ihnen ist mittlerweile klar geworden, worauf sie sich eingelassen haben. Nicht nur vermeintliche bessere Wohnräume wurden den BewohnerInnen zugesprochen, sondern auch die Aussicht auf Arbeit. Doch dass ein Großteil der Morocochanos und Morocochanas daran nicht teilhaben würde, war von Anfang an klar. Denn die zwischen 40 und 52 m² großen Häuser reichen nicht für die 5000 in Morococha lebenden Menschen und Arbeitsmöglichkeiten gibt es auch nur für wenige.

Um den noch bestehenden Widerstand zu brechen, hat die Regierung bereits zwei Mal in Morococha den Ausnahmezustand deklariert. Das Militär besetzte die Stadt und im Oktober 2013 wurden die Schulen geschlossen. Auch medizinische Versorgung gibt es seitdem keine mehr. Im Februar wurde der Bevölkerung die elektrische Energie abgestellt und Nahrungsmittel wurden auch knapp. Seitdem sich seit Oktober die Lage somit drastisch zuspitzte, sind immer wieder Delegierte der Bevölkerung Morococha s in Lima und versuchen auf ihre Situation aufmerksam zu machen sowie die Verletzung der Menschenrechte, die ihnen widerfahren, einzufordern. Mit Unterstützung des Anwalts Victor Acuña, konnten sie die Rechtswidrigkeiten, die das Unternehmen mit Unterstützung der Regierung begeht, aufweisen. Dabei stellte sich auch heraus, dass der gesetzte Ausnahmezustand gegen die Verfassung verstößt, da die dafür notwendigen Bedingungen nicht erfüllt wurden. Dies konnte zumindest einen zwischenzeitlichen Erfolg herbeiführen: der Ausnahmezustand wurde aufgehoben wurde und das Dorf wieder an die Stromversorgung angeschlossen. Mit Anwalt Acuña werden weitere Schritte vorbereitet, um die Regierung wegen Menschenrechtsverletzungen, d.h. dem Verweigerung von Gesundheitsversorgung, Schule und der Vertreibung aus den Häusern in Bedingungen, die nicht lebbar sind, anzuklagen. Auch die Dekrete, die erlassen wurden, seien nicht verfassungsmäßig und das Land, auf dem sich Carhuacoto befindet, gehört eigentlich den umliegenden Bauerngemeinschaften und ein Verkauf muss, um rechtskräftig zu sein durch Zustimmung der jeweiligen Bauernversammlungen eines jeden Dorfes erfolgen. Auch dies ist nicht geschehen.

Ob dies die geforderten Entschädigungen herbeiführt und die Menschen tatsächlich auf die Umsetzung von Wohnbedingungen und Lebensmöglichkeiten hoffen und die Unterzeichnung eines Rahmenvertrags herbeigeführt werden können, ist jedoch fraglich. Denn Zelte, die die Bevölkerung „provisorisch“ beziehen soll, stehen bereits und seit Dezember erschüttern auch Sprengungen der bereits begonnenen Arbeiten den Boden um Morocochoa.

Sandra Lassak

5. Die Ärztin

Deutsche Sozialarbeiter, Entwicklungshelfer und Missionare gehen in die sog. Dritte Welt, um den Ärmsten zu „helfen“. Jenny de la Torre hat den umgekehrten Weg gewählt. Die peruanische Ärztin kümmert sich in Berlin um die Ausgestossenen der deutschen Gesellschaft.

Eines hat Jenny de la Torre mit der mächtigsten Frau der Welt gemeinsam. Beiden hätten das wichtigste historische Ereignis vor ihrer Haustüre beinahe verschwitzt. Angela Merkel gibt an, an jenem 9. November 1989 in der Sauna gewesen zu sein, während Jenny de la Torre in einem Ost-Berliner Schwimmbad auf ihren Schwimmlehrer wartete. Nach 25 Jahren in der DDR, einem Land, das Schwimmweltmeisterinnen in Serie produzierte, wollte Jenny de la Torre nun selber schwimmen lernen. Daraus wurde nichts. Die Schwimmstunde fiel an jenem Tag ins Wasser. Die Berliner Mauer fiel und Jenny de la Torres Leben nahm eine Wendung, die sie zuerst an den Rand der deutschen Gesellschaft und schliesslich in die Pflugstrasse 2 in Berlin-Mitte brachte.

Das Haus in der Pflugstrasse 2 ist ein roter Backsteinbau in einer Strasse, die sich bisher den Sanierern entzogen hat. Keine 100 Meter weiter stand einst die Mauer, das ehemalige Randgebiet ist nun mitten im hippigen Berlin angesiedelt. „Gesundheitszentrum für Obdachlose“ steht über der zweiflügeligen alten Holztür. Eine knapp 1,60 Meter grosse Frau mit einfacher Rundhaarfrisur in weisser Hose und Kittel öffnet die Tür. Dr. Jenny de la Torre ist die Chefin des gleichnamigen Gesundheitszentrums für Obdachlose. Ihr Sprechzimmer ist nüchtern und zweckmässig eingerichtet, keine Familienfotos. Auch kein Kreuz, keine Che Guevara-Portrait oder sonstiges Glaubensbekenntnis schmückt die Wände. Einzig eine grosse Tafel mit dem Eid des Hippokrates hängt unübersehbar an der kahlen Wand:

“Ich werde ärztliche Verordnungen treffen zum Nutzen der Kranken nach meiner Fähigkeit und Meinem Urteil, hüten aber werde ich mich Davor, sie zum Schaden und in unrechter Weise anzuwenden”

Ihre Kindheit in den peruanischen Anden hat Jenny de La Torre gezeigt, wie wichtig es sein kann, rechtzeitig einen Arzt zu finden.

Puquio

Es war schwer in Puquio einen Arzt zu erreichen. Der hochgelegene Ort in den peruanischen Anden war vor 50 Jahren nur auf einer mehrtägigen Reise auf einem Holperweg zu erreichen. Jenny de la Torre war 10 Jahre alt, als ihre Mutter schwer erkrankte, und die Familie den einzigen Arzt des Kreises von weit her zu sich kommen liess. Auf einmal klopfte es an der Tür, und ein tränenüberströmter gleichaltriger Junge stürmte herein. “Der Arzt soll zu meiner Mutter kommen, sie ist krank, schnell”, bettelte der Junge. Die kleine Jenny erklärte, dass der Arzt jetzt bei ihrer Mutter sei und sich nicht um die andere Mutter kümmern könne. “Ich fühlte mich so schlecht, als

wir beiden Kinder um den Arzt stritten“, erinnert sie sich noch 50 Jahre später an dieses ihr Schlüsselerlebnis. Damals reifte eine Erkenntnis in ihr heran: Es gibt zu wenig Ärzte in Peru für die arme Bevölkerung. Und dass Ärztin werden möchte, um diesem Mangel abzuhelpfen.

Im zweiten Stock

Im zweiten Stock des Gesundheitszentrums vermischt sich der sterile Krankenhausgeruch mit dem Geruch warmen Essens und dem Geruch ungewaschener Kleidung auf ungewaschener Haut, vermischt mit leichtem Alkoholdunst. Es ist Winter in Berlin, die Strassen sind nass bis eisglatt, die Temperaturen kaum je über Null grad. Im Winter auf der Strasse zu überleben, ist brutal. Die Obdachlosen, die in die Pflugstrasse 2 zum Mittagstisch oder zum Aufwärmen kommen, haben sich mehrere Tage nicht gewaschen. Jürgen G. Hat immer seine Sporttasche dabei, in der sich seine Habseligkeiten befinden, will einen Schlafplatz. Neben ihm sitzt ein Mann, der mit seinem zotteligen grauen Haar und langen Bart, un dem von Kälte oder Alkohol geröteten Gesicht ebenso gut 50 wie 70 Jahre alt sein kann. Er überragt die Frau Doktor, wie er sie nennt, um zwei Kopfeslängen. Sein Knie macht ihm Beschwerden. Jenny de la Torre beraumt eine Untersuchung für ihn bei einem Orthopäden an, einem pensionierten Kollegen, der wie alle Ärzte und Psychologen, hier freiwillig Dienst tut. „Zu uns kommen Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, die Obdachlosigkeit kann alle treffen“, erzählt Jenny de la Torre. „Auch in einem Sozialstaat, wie Deutschland“.

Ostbahnhof

Als Dr. Jenny de la Torre 1993 begann, ärztliche Sprechstunden für Obdachlose am Berliner Ostbahnhof abzuhalten, war dies die vorläufige Endstation einer für sie langen Odyssee: 1976 kam die junge Medizinstudentin nach Leipzig; „Aus Zufall“, sagt die Ärztin, „eine Kommilitonin an der Universität Ica war zum Studium mit einem Stipendium der DDR in Rostock und ich dachte, das könnte ich auch probieren“. Es gelang ihr ebenfalls ein Stipendium zu bekommen, und nach Beendigung ihres Studiums in den 80-er Jahren kehrte sie nach Peru zurück, um dem Ärztemangel dort abzuhelpfen. Aber sie hatte nicht mit der peruanischen Bürokratie und der Ärztelobby gerechnet. Bis heute haben es Ärzte schwer, ihr im Ausland absolviertes Medizinstudium in Peru anerkennen zu lassen. Nach einem Jahr vergeblichen Ämterlaufs gab Jenny de la Torre auf und ging in die DDR zurück, machte ihren Facharzt in Kinderchirurgie. Kurz nach dem Mauerfall ein zweiter Anlauf in Peru – vergeblich, die peruanische Ärztekammer verlangte immer neue Papiere. Das Land, das so dringen Ärzte braucht, macht es ihnen nicht leicht

Jenny de la Torre ging wieder zurück in das Land, in dem sie nun seit 20 Jahren lebte. War eine von vielen arbeitslosen Ost-Ärzten im eben wieder vereinigten Deutschland. Die Ärztekammer Berlins bot ihr schliesslich einen Projektplatz an: sie solle eine Sprechstunde für Obdachlose einrichten.

„Wir hatten einen kleinen fensterlosen Raum neben der Suppenküche“, erinnert sich Jenny de la Torre an ihren ersten Arbeitsplatz, an dem sie mit Obdachlosen zu tun hatte. „Ich habe Krankheiten gesehen, von denen ich dachte, sie seien längst ausgestorben“. Krätze, Läuse, offene Beine, angewachsene Socken. „All die medizinischen Kenntnisse, von denen ich dachte, dass ich sie für die Arbeit in den abgelegenen Dörfern der peruanischen Sierra oder der Selva gelernt hatte, konnte ich auf einmal in Deutschland anwenden“.

Eine Option treffen

Nach zwei Jahren Obdachlosenmedizin am Berliner Ostbahnhof bekam Jenny de la Torre andere Jobangebote. Sie lehnte ab und blieb.

„Was ist wichtiger: Leben oder Geld. Geld kann man überall verdienen, aber hier werde ich am meisten gebraucht“.

Nicht nur als Medizinerin war Jenny de la Torre gefragt. Wenn man Obdachlose betreut, wird man auch Rechtsanwältin, Sozialarbeiterin, Seelsorgerin. Sie hat gesehen, wie schnell man als Obdachloser aus allen Systemen des Sozialstaates herausfällt und wie schwer es ist, wieder reinzukommen. Die Armut in Deutschland kann sogar schlimmer sein als die Armut in Peru: In Peru hat man Familie, hier ist es anderes, aber auch sehr hart. Es betrifft nicht nur arme, sondern auch andere Schichten, die durch einen Schicksalsschlag obdachlos geworden sind. Wenn man arm wird, auf der Straße landet, ist man meist ganz allein

Nach und nach kam die öffentliche Anerkennung für Jenny de la Torres medizinisches und soziales Engagement. Die Charité verlieh ihr den Ehrendoktor. Im Jahr 2002 bekam sie den Medienpreis „Goldene Henne“. Das Preisgeld bildet den Grundstock für ihre eigene Jenny- de la Torre-Stiftung, in der sie bis heute sich um Berliner Obdachlose kümmert.

Dass sie, als Peruanerin aus einem „Entwicklungsland“ kommend, sich nun um die Randständigen einer reichen Gesellschaft kümmert, verwundert Jenny de la Torre nicht. „Man muss wissen, wo man ist. Aber es spielt keine Rolle, dass ich Peruanerin, Chinesin oder was immer bin. Man muss doch helfen.“

Dr. Jenny de la Torre bezeichnet sich nicht als guten Mensch vom Dienst, sondern sie hilft, weil sie genau das gerne tun möchte. Helfen als Selbstverwirklichung. Und als Nehmen und Geben – „wir sind alle voneinander abhängig. Die Hilfe, die ich gebe, kommt zurück.“ Vielleicht hat sie dies nicht nur an der medizinischen Fakultät gelernt, sondern in ihrer Kindheit in den Bergen von Ayacucho. „Reciprocidad“ – das Gleichgewicht von Geben und Nehmen ist Grundlage der andinen Sicht von Solidarität, die Dr Jenny de la Torre bis an die Ränder der deutschen Gesellschaft geführt hat.

Hildegard Willer

5. Energieministerium will Umweltstudien für Erdölbohrungen einschränken

Damit soll das Recht auf Konsultation eingeschränkt werden. **Juan Carlos Ruíz**, Anwalt des **Instituto de Defensa Legal (IDL)** analysiert die Konsequenzen der jüngsten Ankündigung des Ministerium für Energie und Bergbau, dass, um die Investitionen im Sektor der fossilen Brennstoffe zu beschleunigen, die Explorationsarbeiten auf Ölparzellen von den Umweltverträglichkeitsstudien (UVS) ausgenommen sein werden. Außerdem analysiert er den Stillstand beim Verfahren zur vorherigen Konsultation bei der Parzelle 192, die vor mehr als eineinhalb Jahren angekündigt wurde, sowie die Durchführung des Konsultationsverfahrens auf nationaler Ebene.

P.- ¿Was halten Sie von den Erklärungen des Energie- und Bergbauministers, Eleodoro Mayorga, dass die Erdölparzellen von den Umweltverträglichkeitsstudien ausgenommen sein werden?

R.- Die Explorationstätigkeiten auf einer Erdölparzelle haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Rechte der indigenen Völker sowie auf die Umwelt, die nur durch die Umweltverträglichkeitsstudien sichtbar gemacht werden können. Das beste Beispiel ist die Parzelle 88, denn ohne eine UVS für dieselbe hätte das Vizeministerium für Interkulturalität niemals von den Auswirkungen Kenntnis nehmen können, die diese auf die in freiwilliger Isolation oder Erstkontakt lebenden Völker haben.

Das Ziel von UVS bezüglich der Erdölparzellen auf den Territorien indigener Völker ist es, ihre Subsistenz zu garantieren und den Einfluss der Explorationstätigkeiten auf diese Völker und mögliche Umweltrisiken einzuschätzen. Gemäß dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (CIDH) und unter Verweis auf den Fall Sarayaku [Ein Urteil dieser Institution verpflichtete den Staat Ecuador, sich bei diesem Volk zu entschuldigen, es zu konsultieren und zu entschädigen für ein Erdölförderungsprojekt, welches ihr Land in Amazonien schädigte und ihre Leben gefährdete] dienen die UVS dazu, einen möglichen Schaden oder Einfluss zu ermitteln, den ein Entwicklungs- oder Investitionsprojekt auf das Eigentum und die betroffene Gemeinde haben könnte. Das Ziel derselben ist es nicht nur, einen objektiven Wert für die mögliche Auswirkung auf das Land und die Personen zu haben, sondern auch sicherzustellen, dass die Mitglieder der Gemeinschaft von den möglichen Risiken, einschließlich der Umwelt- und Gesundheitsrisiken, erfahren. Auf diese Weise können sie „informiert und freiwillig“ einschätzen, ob sie den Entwicklungsplan oder die vorgeschlagene Investition akzeptieren.

Die Abschaffung der UVS für die Explorationstätigkeiten auf den Ölparzellen erschwert und verhindert die Ausübung des Konsultationsrechts für indigene Völker, weil es das Recht dieser Völker blockiert, die wirklichen Auswirkungen der Konsultationsentscheidung, zu erfahren, so wie es der CIDH anerkennt.

P.- ¿Was halten Sie von den Äußerungen der Peruanischen Außenhandelsgesellschaft (Comex) bezüglich der Projekte von nationalem Interesse, die von der vorherigen Konsultation ausgenommen sein sollen?

Die Grundrechte schränken die Macht der Regierung und der Unternehmen ein. Der Staat kann nicht beliebig über die Erfüllung der konstitutionellen Rechte verfügen. Artikel 6 der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der zwingend einzuhalten ist, bestätigt u.a., dass die Regierungen die betroffenen Völker immer dann konsultieren müssen, wenn gesetzliche oder administrative Maßnahmen vorgesehen sind, die sie direkt betreffen könnten.

Es ist daran zu erinnern, dass die Konvention 169 nicht mit dem Konsultationsgesetz in Kraft trat. Sie trat in Kraft, als der Staat beschlossen hat, sie zu ratifizieren. Entsprechend dem Verfassungsgericht selbst, trat die Konvention 169 in Kraft und ist seit dem 2. Februar 1995 gültig (Rechtsgrundlage 23 der Entscheidung 00025-2009-PI des Verfassungsgerichts). Das Verfassungsgericht ist das oberste Organ zur Auslegung und zum Schutz der Rechte. Und was das Gericht sagt, ist verpflichtend und das erkennt Artikel 82 der Prozessordnung Gesetz Nr. 28237 an. Dementsprechend ist die Behauptung der Regierung, dass die Konsultation erst ab dem 7. September 2011 verpflichtend ist, nicht sicher. Sie unterstellen dies, weil 80 % Amazoniens schon

konzessioniert sind. Wenn diese Behauptung sicher wäre, wären diese 80 % nicht von der Konsultationspflicht berührt. Was wären dann zu konsultieren? Nur die Krümel blieben übrig. Diese These ist eine Mogelpackung und hat außerdem ein ganz klares Ziel: die Bandbreite der Entscheidungen, die einer Konsultation unterliegen würden, zu reduzieren. Diese These ist nicht nur illegal, sondern sie versucht auch ein Portfolio von Bergbau- und Erdölkonzessionen von der Konsultation auszunehmen und hat einen entscheidenden Einfluss auf die indigenen Völker.

P.- Was behindert den Beginn des Prozesses der vorherigen Konsultation auf der Parzelle 192, wenn man berücksichtigt, dass es eine staatliche Verpflichtung ist und dass man sich vor mehr als eineinhalb Jahren verpflichtet hat, für diese Parzelle eine Konsultation durchzuführen?

R.- Was hier behindert ist im Wesentlichen das Fehlen des politischen Willens. Wir stimmen alle darin überein, dass es nichts Schlimmes ist, dass der Staat eine Energiepolitik und die Ausbeutung von Ressourcen betreibt, aber dies kann nicht geschehen, ohne dass die Umwelt und die Rechte der indigenen Völker bewahrt werden.

Dieses Fehlen des politischen Willens schafft eine internationale Verantwortung des Staates hinsichtlich jener Verpflichtungen, die mit der Ratifikation der ILO-Konvention 169 eingegangen wurden.

P.- Worin liegt das Fehlen des politischen Willens begründet?

R.- Der Fall der Parzelle 192 ist kompliziert. Die 4 indigenen Organisationen haben fünf Bedingungen aufgestellt, die sinnvoll sind: Entschädigung für die entstandenen sozialen und Umweltschäden, Entschädigung für die Nutzung des Landes, Abhilfe bei Umweltschäden, Ausarbeitung integrierter Diagnosen, um eine Lösung für die Probleme der Zone zu finden und die Titulierung ihrer Territorien.

Die indigenen Völker nutzen die Konsultation, um ihre Agenda aufzustellen, was legitim ist. Dies hat einen Stau ausgelöst, aber auch die Vielschichtigkeit der Konsultation gezeigt, weil es nicht nur ein Problem des Energieministeriums und der Organisationen ist, sondern auch andere Akteure mit beinhaltet.

[...] Anhand dieses Falls kann man auch die vom Staat aufgrund seines Desinteresses, seiner Unbeweglichkeit und die Abwesenheit einer umfassenden öffentlichen Politik zum Schutz der indigenen Völker akkumulierten Verbindlichkeiten sehen.

P.- ¿Wird dieser Zustand der Blockade des Konsultationsprozess auch dadurch beeinflusst, dass der Staat die Kosten für die Sanierung von 40 Jahren Verseuchung übernehmen müsste?

R.- Ja! Es ist ungeheuer, dass es bis 2006 zulässig war, dass die Erdölunternehmen ihre (sehr giftigen, schwermetallbelasteten) Abwässer in die Flüsse leiten konnten. Während dies bei sehr hohen Temperaturen geschieht, wird das Habitat zerstört und Flüsse und Lagunen verseucht, welche nicht nur die Orte sind, wo die Menschen fischen, sondern auch wo sie baden. Dies ist in der Verantwortung nicht nur der Unternehmen, sondern des Staates.

In den Vereinigten Staaten ist dies seit den 50er Jahren verboten und wird bestraft. In diesem Fall seit 2006 und weil diese Völker eine Blockade machten, und als Pluspetrol beschloss, wieder

einzuweisen, wenn auch nur 20 %. Schließlich beschloss der Staat, die Einleitung in Flüsse zu verbieten.

P.- Gibt es bezüglich des dermaßen engen Zeitplans für die Durchführung der vorherigen Konsultation Zeit, dieselbe vor dem Ausschreibungsprozess der Parzelle zu realisieren?

R.- Die Ansicht von Perupetrol ist es, dass diese in dem Moment durchgeführt wird, wo der Vertrag unterschrieben wird. Die Frage ist: Ist dies der erste administrative Akt, der die indigenen Völker betrifft? Nach meiner und der Ansicht des Instituto de Defensa Legal denken wir, dass dies nicht die erste Entscheidung ist, die Auswirkungen haben kann. Vorher gibt es ein Konglomerat von Entscheidungen, die die indigenen Völker betreffen. Von dem ersten Moment an, wo entschieden wird, eine Parzelle auszuwählen und zu vergeben, trifft man Entscheidungen, die Auswirkungen auf die Rechte indigener Völker haben.

So wie die Dinge festgesetzt sind, findet die UVS nach der Konsultation statt, es gibt also eine Reihe von Standards, von Regulierungen z.B. in der Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (CIDH), die zwingend zu erfüllen sind, die der Staat nicht respektiert. Die er aber respektieren muss, weil er in seiner Rechtsordnung feststellt, dass das, was der CIDH entscheidet, internes Recht ist.

Die UVS ist von entscheidender Bedeutung. Wie sollen sie einer Aktivität zustimmen oder diese ablehnen, wenn man diesen Völkern keine sicheren Informationen über ihre Auswirkungen gibt? Und die einzige Art, darüber etwas zu erfahren, ist mit einer solchen Studie. Außerdem muss diese UVS in Zusammenarbeit mit den indigenen Völkern gemacht werden. Zweitens müssen die sozialen, kulturellen und spirituellen Auswirkungen evaluiert werden. Dies wird in Artikel 7.3 der Konvention 169 verlangt. Für die Kukuma z.B. sind die Flüsse heilig. Es wurden UVS durchgeführt, die nicht an das geltende Recht angepasst sind.

P.- In Bezug auf den Runden Tisch zur Entwicklung – so wie dieser angelegt ist, gibt er die Zeit, die vorherige Konsultation durchzuführen, bevor derselbe beendet ist? Ist es eine Strategie der Exekutive, dass sie die Entwicklung desselben so verzögert, dass er die Durchführung der Konsultation stört?

R.- Ich bin bezüglich dieser Runden Tische etwas skeptisch. Wenn wir eine Geschichte derselben in diesem Land aufstellen könnten, habe ich den Eindruck, dass sie eine Strategie sind, die Proteste einzufrieren. Aber darüber hinaus ist auch das, was dort vereinbart wird, nicht obligatorisch. Ich glaube auf jeden Fall, dass die Runden Tische allein nicht ausreichen, weil sie mit anderen Lobbystrategien einhergehen müssen.

Es sind 19 Jahre vergangen, seit die ILO-Konvention 169 in Kraft getreten ist und fast zwei Jahre, seit die vorherige Konsultation für Parzelle 192 angekündigt wurde. Ich glaube, dass solche Strategien, den Prozess zu weiter verzögern, nicht rechtmäßig sind. Ich glaube, dass der Moment gekommen ist, die Rechte gerichtlich einzuklagen. Die Regierung muss die Rechtsnormen erfüllen und wenn diese Institution sie nicht erfüllen möchte, liegt es bei den Richtern, die Exekutive zu kontrollieren und die Erfüllung derselben durchzusetzen. Im vorliegenden Fall verstößt die Regierung offen und grob gegen eine Konvention, die sie sich verpflichtet hatte zu erfüllen.

[...], in diesem Fall wird Macht auf eine Weise ausgeübt, die nicht mit den Verpflichtungen des Staates in Bezug auf die Rechte indigener Völker übereinstimmt.

P.- Sie behaupten, dass der Moment gekommen ist, die Forderungen gerichtlich durchzusetzen. Auf welchem Wege?

R.- Auf nationaler Ebene geschieht dies durch die Einreichung einer Verfassungsbeschwerde wegen der Verletzung des Rechts auf Gesundheit, des Rechts auf ein Leben in einer gesunden Umwelt und die gerichtliche Aufforderung an den Staat, dass er dies garantiert. Alles basiert auf dem Konzept, dass die Grundrechte einem besonderen Schutz unterliegen, weil das Leben auf dem Spiel steht.

Die Aufgabe der Richter ist es, Rechte zu schützen, weil der Staat bewiesen hat, dass er dies nicht tun möchte. Er hat eine Notstandserklärung hervorgeholt, die den Fakten nach rein rhetorisch ist.

Hinsichtlich der gegebenen Verseuchung, ist zu fordern, dass der Teil der Umwelt, der betroffen ist, wieder hergestellt wird und dort, wo das aufgrund der Schwere der Verseuchung nicht möglich ist, ist zu entschädigen. Dies ist im Prinzip die Verantwortlichkeit des Staates, weil er der Garant dafür ist, dass die Angestellten des öffentlichen Dienstes diese Rechte und auch Privatpersonen nicht verletzen. Der Staat muss das Recht schützen, der Staat ist kein Zweck in sich, sondern er ist ein Werkzeug für alle, um die Würde und die Rechte aller zu bewahren.

P.- Warum wird in anderen Parzellen wie z.B. Parzelle 169 in Ucayali die vorherige Konsultation durchgeführt und bei 192 nicht?

R.- Mein Eindruck ist, dass sie einen Ort gewählt haben, wo es kaum organisierte Zivilbevölkerung gibt. Die Erfüllung der Konvention ist für den Staat nicht beliebig. D.h., der Staat kann nicht verfügen, welche Konsultation durchgeführt wird, und welche nicht. Er muss konsultieren. Und bezüglich der Erdölparzellen sind es 50 Parzellen.

Warum bei dieser Parzelle und nicht bei Parzelle 192? Wir alle fragen uns dies. Und über die Konsultationen bezüglich Bergbauaktivitäten auf indigenen Territorien brauchen wir gar nicht sprechen. Dort hat man nichts getan.

P.- In Bezug auf die 14 Bergbauaktivitäten, von denen die Regierung erklärt hat, dass sie diese von der vorherigen Konsultation ausnimmt, hat die Vizeministerin für Interkulturalität, Patricia Balbuena, erklärt, dass sie keine Informationen erhalten hat, welche es sind, die ausgenommen sind.

R.- Was die Vizeministerin nicht sagt ist, dass, wo sie nicht informiert wurde, sie schweigend zusieht. So funktionieren die Dinge nicht. Der vorherige Energie und Bergbauminister hat es gesagt. Die Botschaft zwischen den Zeilen ist sehr klar. Die vorherige Konsultation, einst gedacht als Mechanismus des Dialogs, der Verständigung, als Raum, die Rechte der indigenen Völker auf der einen und die Notwendigkeit des Staates auf der anderen Seite, Energiebedarf zu erfüllen, miteinander zu harmonisieren, hat sich von einem Moment zum anderen als Hindernis erwiesen. Dies ist die Botschaft: der Dialograum ist hinderlich.

Wenn der Staat seine Macht ausübt, muss er dies im Rahmen seiner Kompetenzen tun und ein Teil derselben ist es, zu konsultieren. Wenn ein Staatsangestellter beschließt, eine Erdölparzelle zuzuteilen, oder eine Bergbaukonzession ohne vorherige Konsultation zu vergeben, übt er seine Macht außerhalb seiner Kompetenzen aus und damit wird dieser Verwaltungsakt zu einem willkürlichen Akt. Das ist das Problem. Und das ist es, was das Vizeministerium für Interkulturalität

nicht versteht. Es ist nicht so, dass es Herrin über die Konsultation ist und entscheidet, wann es konsultiert oder wann nicht. So funktionieren die Dinge nicht, deshalb gibt es einen Rechtsstaat und die Ausübung dieser Macht ist diesen Normen anzupassen.

P.- Die Vizeministerin für Interkulturalität betont, dass es „ im Andenraum keine Selbstidentifizierung (als Indigenas) gibt“

R.- Wie bedauerlich. Es gibt eine Debatte der Verzichtbarkeit auf Rechte, die die Unternehmen mit dem Wohlwollen der Regierung vorantreiben. Es gibt eine Sache, die ich denke, dass sie sie nicht versteht: Die Gemeinschaften befinden sich in einer Situation der Schwäche gegenüber den Unternehmen, es gibt ein enormes Ungleichgewicht der Kräfte. Wenn ein Sektor bezüglich seiner Rechte angegriffen werden kann, muss der Staat dafür eintreten, diese zu schützen. Dies ist die Konsequenz dessen, was sicher sozialer Rechtsstaat nennt.

Man hat verschiedene Strategien verfolgt: früher sagte man „Es gibt kein Konsultationsgesetz.“, dann „es gibt keine Regulierungen“ und dann wieder „um ein indigene Volk zu sein, musst Du die Sprache bewahren und auf dem Territorium bleiben“. Jetzt haben sie das Thema der vorherigen Übereinkunft hervorgeholt: „Wenn das Unternehmen und die indigenen Völker sich vorher einigen, lassen wir sie eben“. Was in diesem Fall passiert, ist dass man beginnt, Verträge zu unterschreiben, man gibt ihnen Geld und im Austausch gegen dieses Geld verzichten indigene Völker auf ihre Identität, dies ist böswillig. Dies lässt Nötigung annehmen und es ist beunruhigend, dass man nicht sehen möchte, was dahinter steht. Beruht der Verzicht auf ihre Identität auf ihrem freien Willen oder gibt es eine ganze Kooptierungs-Strategie, eine Strategie von Zwängen? Es ist bedauerlich, dass dieser Sektor des Staates, der dazu berufen ist, diese Sektoren zu schützen, dies nicht sehen will und es hinnimmt.

Es gibt 5000 bäuerliche Gemeinschaften (comunidades campesinas) in diesem Land, die offensichtlich den Anforderungen entsprechen, indigene Völker zu sein. Die Mehrheit derselben sind Nachfahren von Ureinwohnervölkern, die vor der Ankunft der Spanier bereits existierten. Sie bewahren viele Bräuche – es ist festgesetzt, dass man alle oder Teile derselben bewahrt haben muss -, und hier gibt es ein Problem, das nicht verstanden wird: Die Konvention verlangt nicht von Dir, dass Du Dich als indigenes Volk verstehst, die Konvention besagt, dass man sich selbst als Teil eines Volkes versteht, das sich von den anderen unterscheidet, mit einer eigenen Kultur. Es gibt z.B. in Cusco und Puno eine schreckliche Historie, wo „indigen zu sein“ synonym war mit Verachtetwerden, Diskriminierung, also verstehen sie sich nicht als indigen.

P.-Bezüglich der Konsultation im Sektor der fossilen Brennstoffe und des Bergbaus, welchen Entscheidungsrahmen haben die indigenen Völker bei der Konsultation?

R.-In Bezug auf den Bergbausektor sind die einzelnen Stadien dieser Aktivität die folgenden: Bergbaukonzession, welche in sich schon einen Fallstrick bedeutet, weil niemand die Gemeinschaft informiert, dass das, was unter ihrem Territorium ist, konzessioniert wurde. Danach kommt die Erkundung, danach der Abbau und die Stilllegung der Anlagen.

Das Verständnis der Regierung ist es, dass ab der Erkundung konsultiert wird. Die Konzession wird nicht konsultiert. Die Idee, dass die Bergbaukonzession nicht konsultiert werden muss, weil sie keine Auswirkungen hat, entspricht nicht der Wahrheit. Was die Konvention besagt ist, dass

konsultiert werden muss, wann immer legislative oder administrative Maßnahmen vorgesehen werden, die direkten Einfluss haben können. Es muss ab der Konzession konsultiert werden.

Bei der Erdölaktivität wird konsultiert von dem Moment an, wo das Dekret, welches den Vertrag beinhaltet, genehmigt wird. Nach dem Verständnis von IDL muss vorher konsultiert werden, weil es eine Reihe von Verwaltungsakten gibt, die bereits Rechte betreffen und die konsultiert werden müssten. Die bloße Entscheidung von Perupetrol, eine Parzelle für die öffentliche Vergabe heranzuziehen, muss konsultiert werden.

P.- Die Ausrufung des Notstands bei Parzelle 192 wurde auf das Einzugsgebiet des Corrientes ausgedehnt, aber bisher ist der Staat unzureichend aufgetreten. Tatsächlich hat die Vizeministerin für Interkulturalität, Patricia Balbuena, anerkannt, dass man größere Anstrengungen hätte unternehmen müssen.

R.- Wenn die Verfassung anerkannt wird, geht der Staat eine Reihe von Pflichten und Rechten ein. Eines von diesen ist das Recht, in einer für das Leben geeigneten Umwelt zu leben, wie es in Artikel 2.22 der Verfassung anerkannt wird. Und darüber hinaus gibt es eine Reihe von Gesetzen, die den Staat verpflichten, den Schutz der Umwelt zu garantieren. Der Staat verfügt über verschiedene Werkzeuge für den Umweltschutz. Eines davon ist die Ausrufung des Notstands. Nach Ansicht von IDL stehen wir vor rein rhetorischen Maßnahmen.

Die Gesundheit, das Leben dieser Personen ist betroffen, das sind fundamentale Rechte, die nicht auf bürokratische Prozesse warten können, wo die sofortige Intervention des Staates herausgezögert wird. Was würde z.B. passieren, wenn im Stadtteil San Isidro von Lima plötzlich mit Schwermetallen verseuchtes Wasser und Abwässer austreten würden? Am nächsten Tag würde man diesen Brunnen schließen. Warum erlaubt man dies dort? Hier wird diskriminiert. Der Staat verzichtet auf seine Rolle als Garant von Rechten und in vielen Fällen, müssen wir bedauernd feststellen, dass er sich wie ein "guachimán" der Unternehmen verhält.

Quelle: <http://servindi.org/actualidad/102848#more-102848>

Übersetzt von Elke Rothkopf-Falley

6. Freihandelsabkommen: wir bleiben am Ball!

Das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kolumbien und Peru ist im Europa-Parlament und (bisher) sechs nationalen EU-Parlamenten ratifiziert worden. Obwohl damit noch die Zustimmung der Mehrheit der nationalen Parlamente aussteht, gibt es bisher keinen Hinweis darauf, dass die Ratifizierung in einem Land scheitern könnte.

Die Kritiker_innen des Abkommens in Lateinamerika und Europa stehen nun vor der Aufgabe, die Umsetzung des Abkommens zu beobachten und kritisch zu „begleiten“. Durch Öffentlichkeitsarbeit und politischen Druck können so verschiedene –befürchtete– Auswirkungen verhindert und gegebenenfalls eine Neuverhandlung des Abkommens gefordert werden.

Dabei kann ausgenutzt werden,

- dass es im Abkommen ein Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung gibt, auch wenn dieses Kapitel unverbindlich ist und tatsächliche Sanktionen für dieses Kapitel nicht möglich sind. Eine kritische Bewertung der Auswirkungen des Abkommens kann darauf bezogen werden.
- dass das Europaparlament von den Regierungen Perus und Kolumbiens die Vorlage von Roadmaps zur Durchsetzung von Menschenrechten gefordert hat, die von verschiedenen Europa-Parlamentariern zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zum Abkommen gemacht wurde: Auch wenn diese Roadmaps nicht Teil des Abkommens und daher unverbindlich sind, kann fehlende bzw. mangelhafte Umsetzung dieser Rechte zur Kritik am Freihandelsabkommen genutzt werden.

Das Abkommen war nach dem gescheiterten Versuch, seine Ratifizierung zu verhindern, zunächst aus dem Blickfeld geraten. Nun gibt es zwei Initiativen, die Auseinandersetzung fort zu führen.

- Die **Plataforma Europa-Peru (PEP)**, ein europäisches Solidaritäts-Netzwerk verschiedener NGOs und Hilfsorganisationen (in dem auch die Informationsstelle Peru mitarbeitet) hat sich in einem Bericht für die „Beobachter-Gruppe des Europaparlaments bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Anden-Gemeinschaft“ kritisch mit einigen Defiziten des Vertrags auseinandergesetzt und verschiedene Empfehlungen ausgesprochen. So wird zu den Themen Menschenrechte, Rechte der indigenen Bevölkerung, Arbeits- und Frauen-Rechte und Schutz der Umwelt das Abkommen kritisiert und aufgefordert, auf die Einhaltung dieser Rechte zu achten und gegebenenfalls die Regierungen Kolumbiens und Perus zu einer Veränderung ihrer Politik aufzufordern. (Der Bericht in spanischer Sprache kann hier heruntergeladen werden [TLC-UE-Peru-Informe012014](#))

- Am 21. Februar trafen sich in Berlin -auf Initiative der Informationsstelle Peru und des FDCL- **Vertreter_innen verschiedener Organisationen**, die an der **Kampagne gegen das Abkommen beteiligt** waren, mit Paul Maquet von **Red Peruana para una Globalización con Equidad (RedGE)**. Das Netzwerk RedGE hatte sich seit Jahren gegen das Abkommen engagiert und war einer der wichtigsten Ansprechpartner der Peru-Netzwerke. Nach einem kritischen Rückblick auf die Kampagne gegen das Abkommen ging es um Ideen und Absprachen für eine kritische Begleitung der Umsetzung des Abkommens. Dabei sollten sowohl die Nichterfüllung von Vereinbarungen des Abkommens als auch inhärente, also direkt durch das Abkommen verursachte Verletzungen von Rechten und internationalen Standards aufgedeckt und kritisiert werden.

Paul Maquet informierte darüber, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Peru die Bildung eines „Comité mixto“ aus Vertreter_innen der Regierung und der Zivilgesellschaft zur Beobachtung und Begleitung der Umsetzung der Freihandelsverträge Perus initiiert haben. Aus den Erkenntnissen dieser Beobachtung sollen auch Konsequenzen für die peruanische Politik der wirtschaftlichen Öffnung gezogen werden.

Es wurde eine verstärkte Kooperation der mit dem Thema in Peru bzw. Kolumbien befassten Organisationen mit den Organisationen in Deutschland/Europa angeregt. Dazu sollen z. B. verschiedene Verteiler bei uns zusammengeführt werden.

Eine bevorstehende Reise von Europaparlamentariern nach Peru und Kolumbien soll genutzt werden, um – nochmals- auf die Probleme des Vertrags aufmerksam zu machen.

Jimi Merk

7. Tagungsbericht: Freihandel und Rohstoffabbau

Am 18.2. organisierte die Berliner Gruppe der Informationsstelle Peru e.V. eine Diskussion mit Paul Maquet vom peruanischen Netzwerk RedGE (Red Globalizacion con Equidad, www.redge.org.pe) zur Frage "Freihandel und Rohstoffabbau – der TLC aus peruanischer Sicht."

Der TLC ist seit 2013 für Peru verbindlich, aber es ist noch zu früh, die Auswirkungen des Vertrags zu erkennen. Die peruanische Regierung hatte mit dem Abkommen klar das Ziel, den internationalen Warenaustausch zu fördern; sie verspricht sich von mehr ausländischen Investitionen vor allem in der Extraktivwirtschaft im Land Wachstum und mehr "Fortschritt".

Demgegenüber hat vor kurzem z.B. José de Echave von der NGO Cooperación verlauten lassen: „Nach außen hin präsentiert sich Peru als investitionsfreundliches und verlässliches rohstoffreiches Land. Aber nach innen handelt der Staat autoritär, aggressiv und ausschließlich im Interesse der Bergbau- und Mineralölunternehmen.“ Die sozioambientalen Konflikte und Proteste in den betroffenen Regionen im Land sind erheblich. Die Menschen wollen mit ihren Protesten auch dem Staat Druck machen und anmahnen, wie sehr maximales Gewinnstreben der Bergbauunternehmen und der zunehmende Raubbau an der Natur nicht nur der regionalen Bevölkerung und Umwelt, sondern der Zukunft des ganzen Landes schaden.

Das Instrument der "Consulta Previa", der Vorabbefragung indigener Gruppen, die von Großprojekten in ihrem Lebensumfeld betroffen sind, kommt nicht wirklich zum Einsatz. Und die Proteste werden zunehmend kriminalisiert. Die von der Regierung neu geschaffene Institution SENACE im Umweltministerium hat die Aufgabe, bei neuen Investitionsvorhaben die Umweltverträglichkeitsstudien zu analysieren und darüber zu entscheiden. "SENACE steht dafür, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Bevölkerung, der Natur und der Wirtschaft herzustellen, sie schützt unser Leben", so stellt sie sich selbst vollmundig dar.

Aber bisher gibt es z.B. kein Monitoring der (Trink-)Wasserqualität in den betroffenen Regionen, und so werden in der nationalen Presse die Protestaktionen weiterhin zumeist als grundlos und von "Fortschrittsverhindern" initiiert dargestellt. Der den Bergbauunternehmen nahestehende Berater und Publizist Miguel Santillana bezeichnete öffentlich die Protestbewegung als vom Ausland manipuliert, von Kräften, welche den Fortschritt Perus unterbinden wollen!

(Man kann die Hetzkampagne gegen die peruanischen NGOs hier in einem Programmausschnitt des Canal N anschauen <https://www.youtube.com/watch?v=qKNnjx4-8dU>)

Im Jahr 2014 werden wegen der anstehenden Klimakonferenz in Lima viele Menschen auf Peru und auch auf seine Umwelt- und Klimaprobleme schauen. Deshalb ist Paul Maquet und die RedGE auch Teil der Gruppe PeruCop20, um möglichst viele zivilgesellschaftliche, kirchliche und soziale Organisationen in Dialog mit Regierungsstellen zu bringen und Vorschläge mitzuentwickeln für gerechte, nachhaltige und verbindliche Vereinbarungen zu Umwelt- und Klimafragen. Wir hier wollen uns ebenfalls in diesem Jahr etwas intensiver mit der Cop 20 befassen. Vielen Dank an Paul Maquet und alle anderen TeilnehmerInnen für den anregenden Abend!

Mechthild Ebeling

8. COP 20 in Lima – eine Herausforderung!

Vom 1. bis 12. Dezember 2014 wird die UN-Klimakonferenz mindestens 12 000 VertreterInnen der Delegationen von 198 teilnehmenden Ländern nach Lima bringen. Eine riesige logistische und organisatorische Herausforderung für die peruanische Regierung! Diese hat die COP20 schon Mitte 2013 als "Ereignis von nationalem Interesse" erklärt, und ca. 62 Millionen US-Dollar wurden für die Ausrichtung von ihr bereitgestellt. Die Lima-Konferenz soll hauptsächlich die Vorbereitung der COP21 in Paris im kommenden Jahr voranbringen, bei deren Nachfolgeprotokoll zum aktuellen Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen, die als Hauptursache der Erderwärmung gesehen werden, verabschiedet werden soll.

Die Regierung in Peru hat dabei eine dreifache Rolle: Sie richtet die Konferenz aus, hat den Vorsitz und ist gleichzeitig teilnehmendes Land, das auch ganz Lateinamerika repräsentiert.

Neben den offiziellen Vertretungen von Regierungen nehmen Wirtschaftsvertretungen und Organisationen der Zivilgesellschaft teil. Das offizielle Treffen soll im sog. Pentagonito stattfinden, dem Hauptquartier der peruanischen Armee im Stadtteil San Borja, die gerade erst renoviert und baulich angepasst wird. Für das alternative, zivilgesellschaftliche Klima-Forum wurde noch immer kein Austragungsort festgelegt, und das beunruhigt etliche Akteure. Die COICA (Indigenenverband der Amazonasregion) z.B. stellt klar heraus, dass gerade dann, wenn eine COP in einem Amazonasland stattfindet, dessen Territorium zu mehr als 50 % mit Regenwald bedeckt ist, sollte sich dies auch durch die Teilhabe von indigenen Vertretungen widerspiegeln. Die indigene Bevölkerung sollte Raum erhalten, um ihre Erfahrungen und Vorschläge bezüglich des Klimawandels einzubringen! Auch die CCP (Kleinbauernverband) hebt hervor, dass die Folgen des Klimawandels besonders stark die andine Bevölkerung betrifft, welche z.B. durch das Gletscherschmelzen in ihrer bäuerlichen Produktion immens geschädigt wird. Diese Verbände berufen sich ausdrücklich auf die Vereinten Nationen, die sich ja immer wieder als Verbündete der indigenen Völker dargestellt haben.

Ansonsten ist das Thema des Klimawandels für die peruanische Bevölkerung relativ neu. Erst seit dem Jahr 2006 wird in öffentlichen Umfragen zu nationalen Problemen der Bereich Umwelt abgefragt. In einer Umfrage der PUCP (Katholische Universität von Peru) aus dem Jahr 2013 halten 8,5 % der Bevölkerung den Bereich Umwelt für ein schwerwiegendes Problem, während 47% Verbrechen und Gewalt für das größte Problem halten. Das Umweltministerium lässt dennoch verlautbaren, dass das Thema nicht mehr allein klimapolitisch besetzt sei, sondern jetzt auch eine "Frage der Entwicklung" sei. Und damit stimmt er mit vielen Stimmen aus der Zivilgesellschaft überein: Ein neues Entwicklungsmodell müsse entstehen, die Konferenz solle Raum bieten für Debatten und Übereinkünfte für ein "grünes Wachstum", nachhaltig, inklusiv, den Herausforderungen der globalen Probleme gewachsen. In diesem Sinne wird die COP20 als eine Gelegenheit gesehen, diese Fragen endlich in eine breitere Öffentlichkeit Perus zu bringen. Was auch erwartet wird, ist mehr Know-How-Transfer, technologische Fortbildung und Befähigung von mehr lokalen Fachkräften. Hier ist auch die EZ gefragt.

"Das ist unsere Chance: Wir müssen unsere eigene Klima-Agenda entwickeln, ein zukunftsfähiges Peru schaffen," heißt es auf einer Sitzung der ComuniCOP, einer Art Think-Tank mit VertreterInnen des Umweltministeriums, des Außenministeriums sowie z.B. der SPDA (peruanische Gesellschaft für Umweltrecht) im Februar d.J. in der Universidad del Pacifico in Lima. Auch wenn die großen Industrieländer wie die USA und China 60% der schädlichen

Treibhausgase produzieren , soll auch im eigenen Land mit konkreten Maßnahmen begonnen werden!

Eine sehr kreative Initiative ist die neue Website www.pondetuparte.com, die auf konkrete Maßnahmen hinweist, mit denen alle Menschen etwas für eine gesündere Umwelt tun könnten. Die User sollen sich verpflichten, z.B. weniger Abfall zu produzieren, öfter die Wege mit dem Fahrrad zurückzulegen, einen Baum zu pflanzen..... Dies könnte ein wichtiger Beitrag werden, um die Frage der Umwelt verstärkt in das Bewusstsein einer breiteren peruanischen Öffentlichkeit zu bringen.

Mechthild Ebeling

9. Glanz und Elend der Rondas Campesinas in Cajamarca

Wer die soziale Dynamik in der nördlichen Andenregion Perus, Cajamarca, verstehen will, muss einen kritisch-solidarischen Blick auf die dortigen Rondas Campesinas, die Bauernwehren (Selbstverteidigungs- und Kontrollorganisationen der ländlichen Bevölkerung) werfen.

Die Anfänge

Die erste Ronda wurde am 29.12.1976 nach wiederholten Einbrüchen mit Möbeldiebstählen an der Schule im Dorf Cuyamalca in der Provinz Chota unter Beteiligung der damals dort tätigen Lehrerin gegründet.

Die Idee machte Schule. Bezeichnend war, dass sich häufig Katecheten für den Aufbau von Rondas besonders engagierten und sehr hohe ethische Ansprüche einbrachten. Diese Kleinbauern hatten im Zug der Landpastoral der Diözese Cajamarca des Bischofs José Dammert Bellido (Don Pepe) in der Zusammenarbeit mit engagierten Priestern und Laien erlebt, dass soziale Verbesserungen zu erreichen gewesen waren, wenn sie basisdemokratisch organisiert und gemeinsam auftraten.

So entstanden viele weitere Rondas als autonome, von den Campesinos auf kommunaler Ebene selbst entwickelte (partei-)politisch unabhängige Organisationen als Antwort auf die vorhandene Rechtlosigkeit und das Versagen von Polizei und Justiz, insbesondere bei Abwehr und Verfolgung des immer massiver werdenden Viehdiebstahls.

Als sich bei den Rondas die Erfahrungen häuften, dass von ihnen ertappte und dem nächsten Polizeiposten ausgelieferte Diebe flugs frei kamen, bestätigten sich die Vermutungen von Korruption und Seilschaften (Viehdiebstahl und Polizei); die Rondas begannen, Polizei und Justiz (bestechliche Richter) durch Verfahren im Dorf zu ersetzen, Vergehen zu ahnden und Straftäter zu maßregeln.

Die Rondas gaben sich feste Regeln. Im wesentlichen waren es folgende:

Um eine Ronda zu gründen und als solche agieren zu können, musste das ganze Dorf zustimmen. Die Männer hielten Nachtwache und machten Streifengänge, die Frauen waren in der Ronda für Verpflegung und Disziplin (Armaßnahmen) zuständig. Auswärtige erhielten einen "Passierschein"

und wurden quasi von einer Ronda zur anderen weiter geleitet. Strafen für festgenommene Diebe legten die Rondas fest.

Später wurde dieses Prinzip der öffentlichen Anklage, Konfliktregelung oder Bestrafung in den Dörfern, die dies beschlossen hatten, auch auf andere Vergehen erweitert, Es kam zur Anwendung, wenn z.B. ein Mann seine Frau verprügelte: In einem offenen Verfahren im Rahmen einer Dorfversammlung wurde das Problem besprochen, eine Strafe wurde verhängt. Diese bestand zumeist in der Verpflichtung zu Tätigkeiten, die dem Dorf dienten. Es gab aber auch Körperstrafen.

Innerhalb weniger Jahre war im Departement Cajamarca ein zuverlässiges, solides und bodenständiges Netz entstanden, das die notorische Abwesenheit von Staatsgewalt und -fürsorge positiv ersetzte und mehr Sicherheit und Ordnung in den Dorfalltag brachte.

Die Rondas arbeiteten offen, transparent und unabhängig in Selbstorganisation für ihre Dörfer und Kommunen gegen Kriminalität und für bessere Entwicklung.

Parteilpolitische Begehrlichkeiten

Zweifelsohne waren die Rondas Campesinas die größte unabhängige Basisorganisation in Cajamarca. Das rief Parteien auf den Plan. Während sich einige um punktuelle Zusammenarbeit und gegenseitigen Respekt bemühten, versuchten andere, die Rondas und ihre Führungspersonlichkeiten unter ihre Kontrolle zu bringen und zu instrumentalisieren. In diesem Sinn muss die maoistische Partei Patria Roja (Rotes Vaterland) genannt werden: Deren Kader sahen in den autonomen kommunal organisierten Rondas die Keimzelle für ein späteres Volksheer und versuchten, Rondas ideologisch zu kontrollieren. Wo dies gelang und sie Einfluss bekamen, verstanden sich die Rondas bald nicht mehr als friedliche zivile Kraft, sondern als Bausteine einer politisch-militärischen Gegenmacht zu Justiz und herrschender Politik. Die Rondas, die von Patria Roja dominiert wurden, bestraften Delinquenten bzw. Opfer wesentlich härter als die anderen – bis hin zur Anwendung brutaler Gewalt. *

Den Strukturen der Rondas Campesinas in Cajamarca ist andererseits zu verdanken, dass eine

andere maoistische Partei, die Kommunistische Partei von Perú – besser bekannt als *Sendero Luminoso*, der *Leuchtende Pfad* – mit ihren Guerrillamethoden in Cajamarca kaum Fuss fassen konnte.

Die Existenz der Rondas Campesinas hatte in Polizei- und Justizkreisen Wut ausgelöst. Korrupten Polizisten und Richtern entgingen die gewohnten Nebeneinnahmen. Es gab jahrelang heftige Repression gegen verantwortliche Ronderos. Zehn Jahre nach Gründung der ersten Ronda erkannte ein peruanisches Gesetz (DL 24571 von 1986) erstmals die “friedlichen, demokratischen und unabhängigen Rondas Campesinas” an, was zur Verringerung der Repression gegen sie führte.

Im Zuge der Militäraktionen gegen den Leuchtenden Pfad entstanden in anderen Regionen Perus – vor allem in den Kampf- und Rückzugszonen des Leuchtenden Pfads – sogenannte Rondas Campesinas, die aber mit der Selbstorganisation á la Cajamarca nichts zu tun hatten, sondern eher als Hilfskräfte des Militärs fungieren sollten und fungierten.

2003, unter Federführung des damaligen Parlamentsabgeordneten in Lima, Luis Guerrero (Cajamarca), und nach Einbeziehung der früher starken Bauerngewerkschaft CCP, wurden die Rondas Campesinas per Gesetz (Ley de Rondas Campesinas, DL 27908) als juristische Personen legitimiert und legalisiert: nämlich die kommunalen, parteipolitisch unabhängigen Instanzen friedlicher interner wie externer Konfliktlösung, für Sicherheit und kommunalen Frieden.

Jahre später entstanden in Cajamarca völlig neue und andere Organisationen, die sich Rondas Urbanas nennen und als städtische Bürgerwehren gegen die Kriminalität in den Städten auftreten. Mitglieder der Rondas Urbanas in Cajamarca erregten jüngst Aufsehen, als sie ein Bordell in Cajamarca überfielen und die Frauen mit Stöcken zu vertreiben suchten. Dieser Akt der Selbstjustiz wurde von den Rondas Campesinas, vom Ombudsmann und von Menschenrechtsorganisationen einhellig verurteilt.

Zweischneidiges Schwert

Beim Wort Bürgerwehr denken die meisten von uns mit mulmigem Gefühl an Vorbilder aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika. In der Tat sind Bauern- und Bürgerwehren genau unter die Lupe zu nehmen.

So können heutzutage einige Gruppierungen, die sich selbst als Rondas Campesinas verstehen, angeheuert werden (so in Chota und Cutervo / Cajamarca), um Schulden einzutreiben oder bei privaten Konflikten die gegnerische Partei einzuschüchtern. Bei einer dieser Aktionen wurde ein Herr Collantes aus Yanacancha getötet.

Tatsache ist auch, dass die eine oder andere Ronda Campesina (Region Bambamarca, Chota / Cajamarca) für Marihuana- und Kokainlaboratorien als Späh- und Warntrupp agiert.

Die Mehrheit der ländlichen Rondas setzt sich jedoch gemäß ihrer Prinzipien gegen Kriminalität und für lokale Entwicklung ein.

Jedenfalls, *die* Rondas Campesinas der Gründungsphase vor rd. 40 Jahren in Cajamarca gibt es so nicht, wir haben es heute mit unterschiedlichen Gruppierungen mit unterschiedlichen Interessen zu tun. Das gilt auch für die Position der Rondas Campesinas für oder gegen Bergbau im großen Stil. Wer z.B. vom Drogengeschäft ein bisschen profitiert, ist – je nach geographischer Lage – vielleicht gegen den Bergbau, weil dieser bewaffnete Aufsicht und Wegekontrolle mit sich bringt. Wer aber Neffen in der Gegend hat, die sich einen Arbeitsplatz oder Aufträge der Bergbaugesellschaft erhoffen, neigt vielleicht eher zur Bagatellisierung möglicher Folgeschäden des Bergbaus.

Jedenfalls sind die Rondas Campesinas in der Umgebung der Mine von Yanacocha und Conga eher pro Bergwerkstätigkeit, während andere (aus Celendin und Bambamarca) gegen die Bergwerkstätigkeit und die Verschmutzung des Wassers kämpfen.

Ein Fall, der heute noch Schlagzeilen macht:

Am 13. Oktober 2005 wurden drei Mitglieder der Familie Mero Santa Cruz ermordet. Einer der überlebenden Söhne beschuldigte die Familie von Eliseo Vargas M. der Tat, obwohl später Zeugen vor Gericht aussagten, dass zum Tatzeitpunkt sich unbekannte Personen mit Pistolen in der Gegend aufgehalten hatten.

Mehr als hundert aufgebrachte Ronderos überfielen unter Führung des Rondero Edilberto Flores Vasquez das Haus der Familie Vargas. Sie entführten den Vater E. Vargas, die Mutter und drei Kinder, unter ihnen die Tochter Petronila Vargas Santa Cruz. Außerdem nahmen sie mehr als 4.000 Soles als Tatbeweis und Beweis für Diebstahl (im Haus der Familie Mero Santa Cruz) mit. Das Geld stammte aus dem Verkauf von drei Kühen und von Soja. Elisio Vargas wurde verhört und verprügelt, um ein Mordgeständnis aus ihm herauszupressen, und nach 13 Tagen im Gewahrsam mehrerer Rondas am 25.11.2005 am Ufer des Chinchiripe (San Ignacio) tot aufgefunden. Er war ertränkt worden.

Am Vorabend, dem 24.11.2005, gab es gegen Petronila Vargas S., die entführte Tochter, ein Volksgerichtsverfahren (juicio popular). Anwesend war bei dieser Versammlung auch Gregorio Santos Guerrero, damals Chef der Ronda und gleichzeitig Lehrer von Huarango (San Ignacio) und führendes Mitglied bei Patria Roja (Rotes Vaterland).

Petronila Vargas wurde verurteilt und verbrachte 72 Tage in verschiedenen Verliesen der Rondas, die als Gefängnisse dienten. Seit 2006 laufen diverse ordentliche Gerichtsverfahren: Einmal gegen Edilberto Flores V. wegen Entführung, Freiheitsberaubung und Ermordung von Eliseo Vargas M.: Gegen ihn wurden 25 Jahre Haft beantragt. Ein weiteres Verfahren läuft auf Antrag des Rechtsanwalts von Petronila Vargas S. gegen Gregorio Santos Guerrero und Edilberto Flores, als Verantwortliche der Rondas und des „juicio popular“ gegen Petronila Vargas S., wegen Entführung, Freiheitsberaubung und Körperverletzung. Ärztliche Atteste beweisen, dass Petronila Vargas während ihrer Gefangenschaft bei den Rondas gefoltert wurde, u.a. an den Geschlechtsteilen. Der Prozess verzögerte sich durch Eingaben von Gregorio Santos G. immer wieder und wird seit Ende 2013 vor einer Kammer in der Stadt Lambayeque (Nordküste) fortgesetzt.

Der Anwalt der Klägerin widerspricht Aussagen aus dem Umfeld des Gregorio Santos (MAS, Patria Roja und derzeit Präsident der Regionalregierung von Cajamarca), die behaupten, dass die Anklage eine Intrige der Bergbauunternehmen gegen Santos sei.

Heinz Schulze

10. Typisch peruanisch !

Das Geheimnis der Drahtmasken von Paucartambo & Co.

Schon immer haben sich die Menschen gern hinter Masken versteckt, ihre Identität gewechselt und als eine andere Person Schabernack getrieben. Rund um die Welt sind und waren sie in fast allen Kulturen fester Bestandteil religiöser und weltlicher Festlichkeiten.

Meine Familie und ich lebten 26 Jahre in Peru und wir waren immer fasziniert von der Vielfältigkeit der peruanischen Masken. Es dauerte nicht lange bis die ersten Masken die Wände unseres Hauses schmückten – und es wurden immer mehr. Viele Maler haben diese farbenprächtigen Masken, ihre Träger und die Feste in ihren Bildern dargestellt, und mein Mann Kurt und ich taten das ebenfalls.

Besonders fasziniert haben uns immer die Drahtgazemasken, die in Peru bei den Tänzen der Chonguinada, der Tunantada, den Festen des Karnevals, aber auch bei der Verehrung der Virgen de Paucartambo (Jungfrau von Paucartambo), und beim Schneefest Q`oyllur Riti in den eiskalten Höhen der südlichen Anden verwendet werden. Seltsam, fremdartig, mitten drin im Geschehen und dennoch unberührbar weit weg wirken die eleganten Bewegungen der maskierten Tänzer – und sehr geheimnisvoll. Je nach Region und Fest stellen sie spanische Eroberer, schwarze Sklaven, Urwald- und Andenbewohner oder verführerisch lächelnde Frauen dar. Die prächtigen Feste vereinen uraltes indianisches Brauchtum mit europäischen Einflüssen.

In all den Jahren in Peru hatten wir immer als selbstverständlich angenommen, dass die Drahtgazemasken peruanischen Ursprungs seien. Nichts deutete darauf hin und nie wären wir auf die Idee gekommen, dass ausgerechnet sie sehr viel mit Deutschland zu tun haben und ein Ausdruck

deutsch-peruanischer Beziehungen sind. Und man findet diese Masken noch heute in Süddeutschland. Aber der Reihe nach.

Die ersten Darstellungen von Drahtmasken gab es in Deutschland bereits im frühen 16. Jahrhundert. In einem Kupferstich vom Triumphzug Kaiser Maximilians (um 1526) kann man die Reihen der Fackelträger mit Drahtmasken sehen. Sie schützten die Fackelträger gegen den Funkenflug. Bei höfischen Festen und Mummereien sowie beim Theater wurden Drahtmasken getragen und manch ein Blaublütiger benutzte sie, um inkognito zu bleiben. Im 18. Jahrhundert wurden sie von Bienenzüchtern als Bienenhauben getragen, und sogar bei Patienten psychiatrischer Anstalten kamen sie im 19. Jahrhundert zum Einsatz.

Die Masken dienten Forschungsreisenden als Schutz gegen Insekten in tropischen Ländern, und sie wurden als Fechtmaske sowie bei chemischen und physikalischen Versuchen eingesetzt.

Das industrielle Zeitalter brachte eine erstaunliche Wende und die Blütezeit der Drahtgazemasken begann. Für Maskenbälle und die immer zahlreicher werdenden Fastnachtsveranstaltungen in Deutschland wurden nun im 19. Jahrhundert Drahtmasken im großen Stil von Arbeitern in Fabriken und in Heimarbeit hergestellt. Sie sind leicht und einfach herzustellen, preiswert, behindern – anders als die schweren Holzmasken – die Atmung nicht und lassen eine gute Sicht zu. Ein idealer Exportartikel. Bald wurden die Drahtgazemasken massenweise in andere Länder Europas, in die USA und in die Fastnachtshochburgen Südamerikas ausgeführt.

Führend waren damals Firmen aus Thüringen, vor allem aus der Gegend um Sonneberg, deren Masken reißenden Absatz in Südamerika fanden – auch in Peru. Die Firmen gaben umfangreiche Kataloge mit Abbildungen und Beschreibungen heraus, nach denen bestellt werden konnte. Da gab es: Männermasken mit Schnurrbart und ohne Schnurrbart, Damenmasken mit Locken, Masken für Knaben und Mädchen, für junge Damen; „Nationale“ Masken wie: Türke, Engländer mit Halb-Bart, Juden- und Negermaske. Das Dutzend kostete im Jahr 1910 5,40 Mark. (Wir befinden uns in der Zeit der deutschen Kolonialgeschichte.)

Die Ähnlichkeit der peruanischen Drahtmasken mit denen der schwäbisch-alemannischen Fastnet ist verblüffend. Auch in Farbenpracht und Vielfältigkeit von Masken und Kostümen sind sich die schwäbisch-alemannische Fastnet und die Feste in Peru ebenbürtig. Seit etwa 200 Jahren werden von den Fasnets-Zünften in Süddeutschland Drahtmasken verwendet und auch in Österreich und der Schweiz gehören sie zum Fasching und zur Fasnacht.

Lange Zeit hatte die Holzmaske die Drahtmaske fast verdrängt, so dass diese nur noch von wenigen Zünften benutzt wird und nur noch wenige Handwerker die Kunst der Drahtmaskenherstellung beherrschen. In Deutschland sind es unter anderem die Stuttgarter Feuerbach Zunft e.V., die die Drahtmasken bis heute in der Fasnet einsetzt, und allen voran die Plätzler-Zunft in Altdorf-Weingarten, deren ursprüngliche Maskierung die Drahtgazemaske war.

In Altdorf-Weingarten wird diese Tradition besonders gepflegt und die Plätzler-Zunft veranstaltet Workshops, in denen die Kinder lernen, Drahtgazemasken herzustellen und sie zu bemalen. Drahtmasken sind bei den Kindern wegen ihres Tragekomforts viel beliebter als die schweren, oder Luft undurchlässigen Holz- und Papiermasken. So wird die Tradition auf den „Narrensamen“ übertragen und jedes Kind kann mit seiner selbst hergestellten Maske zum „Narrensprung“ gehen.

Vom 18. Mai 2014 bis Sonntag, 27. Juli 2014, ist im Mainzer Fastnachtsmuseum die Ausstellung Karneval in Mainz und anderswo mit meinen Bildern und Drucken zu sehen. Auch einige Masken aus unserer „peruanischen“ Sammlung werden dort ausgestellt. Zur Eröffnung um am 18. Mai 2014 um 11 Uhr präsentiert Punchay Andino Karnevalsmusik aus den Anden Boliviens und Perus.

Das noch recht wenig erforschte Thema der Drahtmasken zeigt eines aber deutlich: Globalisierung ist keine Erscheinung nur unserer Zeit.

Und nur, weil man etwas in Peru kennenlernt, muss es nicht originär von dort stammen, kann aber typisch sein.

Christine Rosenthal

www.rosenthal-art.com

Kontakt in Altdorf-Weingarten: Andreas Reutter (Plätzler-Zunft und Förderverein des Fasnets-Museums Altdorf-Weingarten)

11. Neue Publikationen und Präsentationen

1. Präsentationen vom Seminar: “Wie bringen wir Peru ins Gespräch” :

- Hildegard Willer: Die peruanische Medienlandschaft [Die peruanische Medienlandschaft](#)
- Damian Raiser: Peru im (Zerr-)Bild deutscher Medien [peru-medien-praesentation-damian.raiser](#)
- Niko Wald: Online-Arbeit eines Hilfswerkes am Beispiel von Brot für die Welt [bfdw.de/peru14](#)

2. BUEN VIVIR – Indigene Konzepte vom Guten Zusammenleben:

Die Rückmeldungen auf unsere aktuelle Broschüre ist positiv. Die Tendenz ist beispielhaft wie diese: „ Wir sind ganz begeistert davon. Danke für eine komprimierte und gute Zusammenfassung dieser komplizierten Thematik. (J.S.). Einige LeserInnen des PeruInfo meinten, dass sie die Ankündigung übersehen hatten. Deshalb hier nochmals der kurze Hinweis, dass es noch Exemplare gibt und ein Nachdruck nicht geplant ist. Kostenlose Bestellung bei: merk@infostelle-peru.de. Oder ISP e.V., Postfach 1014, 79010 Freiburg, Tel. 9761-7070840

Das pdf kann auch hier heruntergeladen werden [buen_vivir_ansichts](#)

3. Menschenrechtliche Probleme im peruanischen Rohstoffsektor und die deutsche Mitverantwortung.

(MISEREOR, 2013)

Diese Broschüre ist sehr verständlich und informativ (60 Seiten). Es wird aufgezeigt, wie die Bergbausituation in Peru ist (Struktur, wirtschaftliche Bedeutung und, wer Gewinner und Verlierer sind, um die schlimmen Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen). Wichtig ist natürlich auch das Kapitel über die Bedeutung peruanischer Rohstoffe (Kupfer, Zink, Gold etc.) für die deutsche Wirtschaft, die deutsche Rohstoffpolitik gegenüber Peru (Sicherung von Rohstoffen inkl. der Einbindung der

Entwicklungszusammenarbeit hierbei). Weiter wird gut herausgearbeitet, wie es mit den Menschenrechts-Verpflichtungen von Unternehmen und uns KonsumentInnen dabei aussieht.

Unbedingt empfehlenswert für alle, die an Peru interessiert sind und natürlich besonders für diejenigen, die mit Partnergemeinden- und Organisationen kooperieren, die vom Bergbau betroffen sind und natürlich für diejenigen, die zu diesem wichtigen Thema Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit machen und dafür „zitierfähige“ und abgesicherte Informationen wünschen.

Bezug: Misereor: Mozartstr. 9, 52064 Aachen; www.misereor.de.

Veranstaltungen

- Freiburg i. Br.

Dienstag, 25. März 2014

Peru-Stammtisch

Café Satz, Guntramstraße 57/Ecke Wannerstraße (StraBa 1, 3, 5, Bus14, Station Eschholzstraße)

- München

Donnerstag, 3. April 2014, 19 Uhr

MORDS-sache Drogen.

Von der Coca zum Kokain. Aktuelle Informationen zu diesem Bereich aus Peru und Mexiko.

Ort: Eine Welt Haus, Schwanthalerstr. 80, 80336 München:

Programm und Kontakt [Veranstaltung Coca München](#)

- Mainz

Sa., 03. Mai 2014, 16.15 – 17.45 Uhr

Ökumenische Versammlung im Umfeld von St. Bonifaz, (Nähe Hbf):

Thema des Tages „Postdemokratische Ressourcenkriege“:

Puente Andino Alemán – PANAL e.V./ Kampagne Bergbau Peru:

„Unser täglich Gold – Ihr täglich Gift. Goldabbau und die Folgen in Peru“

mit Filmbeitrag und Diskussion

Dr. Hartmut Heidenreich, Zornheim

Michael Mechlinski, Zornheim

- Köln

Freitag, 09. Mai, bis Sonntag, 11. Mai 2014

„Landwirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Gesellschaft: Perspektiven und Alternativen für Peru“

Peru-Seminar der Informationsstelle Peru mit Nilton DEZA, Cajamarca; Carols Herz, Lima; Uwe Kerkow, Bonn; Marco Arana, Cajamarca;

Ausführliches Programm: [AusschrPeruSem0514.flyer](#)

Haus St. Georg, Rolandstr. 61, Köln-Südstadt

Information: merk@infostelle-peru.de

- Mainz

Sonntag, 18. Mai, 11 Uhr

Ausstellungseröffnung „Karneval in Mainz und anderswo“

mit Bildern und Drucken von Christine Rosenthal

Karnevalsmusik aus den Anden von Punchay

Die Ausstellung ist bis zum 27. Juli 2014 zu sehen.

Ort: Fasnachtsmuseum Mainz

- Regensburg (Katholikentag)

Samstag, 31. Mai 2013, 14-15.30h,

Universität Regensburg, Vielberth-Gebäude, 2. OG, H26, Universitätsstr. 31

„Gold kann man nicht essen, giftig ist es trotzdem

Unser täglich Gold – und die Folgen für Menschen in Peru“

Impuls: Dr. Hartmut Heidenreich, Theologe/ Pädagoge, Zornheim

Prof. Dr. Nilton Deza Arroyo, Biologe/ Umweltwissenschaftler, Cajamarca/Peru

Anwältin des Publikums: Heike Sprenger, Neustadt am Rügenberge

(Kampagne “Bergwerk Peru Reichtum geht – Armut bleibt”)

- Rheinfeldern – Schloss Beuggen

Freitag, 11. Juli – Samstag, 12. Juli 2014

” Unser Lebensstil – Ursache für Probleme in den Ländern des Südens: zum Beispiel Fleischkonsum“

Seminar

Information: merk@infostelle-peru.de

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Der Herausgeber ist für den Inhalt alleine verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

